

In den letzten Wochen des Jahres 1974 wurden auf Initiative der Französischen Kommunistischen Partei in Städten, Betrieben, Dörfern und Gemeinden zahlreiche öffentliche Versammlungen durchgeführt, die zum Ziel hatten, die Bürger mit den Ergebnissen und Beschlüssen des XXI. Außerordentlichen Parteitages der FKP bekannt zu machen, der vom 24. bis 27. Oktober in Vitry-sur-Seine stattfand. Dieser Parteitag — übrigens der erste außerordentliche in der 50 jährigen Geschichte der FKP — hatte zum Thema: „Die Union des französischen Volkes für demokratische Veränderungen“.

Das Zentralkomitee der FKP hatte in seiner Juni-Tagung darüber beraten, daß es notwendig sei, auf einem außerordentlichen Parteitag die Entwicklung der politischen Situation in Frankreich zu analysieren und mit den Delegierten die nächsten Aufgaben eingehend zu beraten. Dem Parteitag war eine gründliche Diskussion über den Entwurf der Entschließung des Parteitages auf Bezirks- und Kreiskonferenzen sowie in Mitgliederversammlungen der Grundorganisationen vorangegangen, die zu zahlreichen Ergänzungs- und Erweiterungsvorschlägen geführt hatte.

Die Lage in Frankreich wird durch zwei Erscheinungen von größter Bedeutung charakterisiert. Einerseits ist die französische Bourgeoisie in eine tiefe Krise geraten, die alle Bereiche des nationalen Lebens, die politische, ökonomische, soziale, ideologische und moralische Sphäre, erfaßt. Sie

## Für eine Union des französischen Volkes

### Nach dem XXI. Außerordentlichen Parteitag der FKP

ist Ausdruck der Verschärfung und Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und bürdet den werktätigen Massen durch wachsende Arbeitslosigkeit und Inflation zusätzliche Lasten auf.

Andererseits wird die politische Situation in Frankreich maßgeblich durch die zunehmende Stärke der Union der Linksparteien (FKP, Sozialistische Partei, Linke Radikale) geprägt. 13 Millionen Wähler (49,3 Prozent) gaben bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 1974 im zweiten Wahlgang dem gemeinsamen Kandidaten der Union, François Mitterand, ihre Stimme und bekannten sich damit zu den im „Gemeinsamen Regierungsprogramm“ formulierten tiefgreifenden politischen und ökonomischen Veränderungen. Mit der äußerst knappen Mehrheit von nur 374 000 Stim-

men wurde der bürgerliche Kandidat, Giscard d'Estaing, zum neuen Präsidenten der französischen Republik gewählt. Die Linksunion konnte gegenüber den Wahlen zur Nationalversammlung 1973 drei Millionen Stimmen gewinnen und gelangte somit innerhalb eines Jahres an die Grenze der Wählermehrheit.

Diese neue Situation wirft zwei grundlegende Fragen auf, die zu beantworten sich der Parteitag als Aufgabe gestellt hatte: Wie können angesichts der tiefen Krise der französischen Gesellschaft und der wachsenden Volksbewegung grundlegende politische, ökonomische und soziale Veränderungen durchgesetzt werden, und welche Rolle spielt die FKP in diesem Kampf?

Vier Tage lang berieten 1257 Delegierte (Durchschnittsalter 30 Jahre) aus allen Landesteilen optimistisch und mit politischem Verantwortungsbewußtsein über die erforderliche höhere Qualität der Einheit der Linkskräfte und die Schaffung einer breiten Union des französischen Volkes als der Voraussetzung zur Übernahme der Regierungsgewalt durch die demokratischen, antimonopolistischen Kräfte des Landes sowie über die damit verbundenen neuen Aufgaben der Partei. Die Zusammensetzung der Parteitagsdelegierten spiegelte gleichsam die tiefe Verwurzelung der FKP in der französischen Arbeiterklasse wider: 44,8 Prozent der Delegierten waren Arbeiter, zusammen mit den Angestellten betrug der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger 69,9 Prozent.